

Plenarsitzung Landtag 12.12.2012

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich schon ein wenig gewundert, als ich das Thema der Aktuellen Stunde „Verzögerungen durch die Bundesregierung bei der Bekämpfung des Bahnlärms und die Auswirkung auf Rheinland-Pfalz“ gelesen und Ihre Äußerungen dazu gehört habe. Ich habe mich ein wenig dreieinhalb bis vier Jahre zurückgesetzt gefühlt, als noch Herr Tiefensee von der SPD Verkehrsminister in Berlin war.

Damals hätte ein solcher Antrag seine Berechtigung gehabt.

Wir hätten alle zusammen viele Punkte aufzählen können, die Herr Tiefensee versäumt hat zu erledigen.

Ich kann nur sagen, gerade Herr Minister Ramsauer hatte zunächst einige liegengebliebene Dinge aufzuarbeiten. Ich erinnere nur an die beihilferechtliche Genehmigung der Flüsterbremsen vonseiten der EU, die durch das Verschulden von Herrn Tiefensee zwei Jahre liegengeblieben ist.

Deshalb ist die Formulierung dieses Themas durch die SPD rein parteipolitisch motiviert und Teil eines vorgezogenen Bundestagswahlkampfes geschuldet.

Meine Damen und Herren, Ihnen geht es dabei nur noch am Rande um die Sache. Sie wollen nur noch parteipolitisch punkten. Dies mit den Nöten und Ängsten der Menschen, die unter dem Bahnlärm zu leiden haben.

Wie ist es sonst zu erklären, dass die SPD in Berlin parteipolitische Spielchen in der Sache vollkommen unnötig angefangen hat?

Wie ist es sonst zu erklären, dass der Innenminister unseres Landes entgegen besseres Wissen Fehlinterpretationen in seinen Pressemeldungen gegen Minister Ramsauer und gegen die Regierungskoalition in Berlin verkündet? Dabei weiß ich nicht, ob er es bewusst oder unbewusst tut. Ich weiß aber auch nicht, was schlimmer wäre.

Meine Damen und Herren, wie ist es sonst zu erklären, dass seitens der Landesregierung künstlich und völlig unnötig Fronten aufgemacht werden, die die bisherige Gemeinsamkeit, die bisher in diesem Hause zu diesem Thema geherrscht hat, aufs Spiel setzen und gefährden?

Meine Damen und Herren, bisher haben wir die Anträge zum Bahnlärm immer einstimmig in diesem Haus verabschiedet und nach Berlin auf den Weg gebracht. Zusammen mit den Aktivitäten der Bürgerinitiativen waren dies die Gründe, warum dieses Thema heute so präsent auf der Tagesordnung im Bundestag steht, weil auch Bundestagsabgeordnete anderer Regionen durchaus Verständnis für unsere Situation hier in Rheinland-Pfalz haben.

Die Opposition in diesem Hause, die CDU, hat sich ihrer Verantwortung nie entzogen. Auch als noch andere Verantwortung in Berlin hatten, haben wie – natürlich ab und zu andere Akzentuierungen gewünscht – gemeinsam die Anträge mit beschlossen. Die CDU Rheinland-Pfalz hat sich stets gemeinsam, auch mit den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Rheinland-

Pfalz, vehement für die Reduzierung des Bahnlärms in den Flusstälern eingesetzt und einiges erreicht.

So hat gerade unsere Fraktionsvorsitzende für die Einrichtung eines Projektbeirats gekämpft, sich mit eingebracht und erfolgreich eingebracht. Aber anstatt mit uns in Berlin für die Menschen zu arbeiten, werden hier unnötig Fronten aufgebaut.

Herr Lewentz, warum tun Sie das, wenn nicht aus parteipolitischem Kalkül? Kehren Sie zu dem sachlichen, fairen Umgangston früherer Zeiten in der Sache zurück. Handeln Sie hier als Minister in Verantwortung vor dem Land und seinen Menschen und nicht als Landesvorsitzender der Partei.

Wir brauchen die Gemeinsamkeit für die Zukunft, denn es sind noch gewaltige Aufgaben zu lösen. Ich hätte mit mehr Engagement bei der Ertüchtigung oder bei Alternativstrecken gewünscht. Geben Sie endlich Ihren Widerstand gegen die Prüfung der Ertüchtigung der Eifel-Strecke auf.

Dies wäre ein konstruktiver Beitrag, damit den Menschen in den Flusstälern geholfen wird.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Lewentz, Sie haben in der Tat die Punkte aufgezeigt, die wir in den vergangenen Jahren in den entsprechenden Anträgen immer wieder dargelegt haben, von denen ich soeben gesagt habe, dass sie dieses Parlament einstimmig passiert haben. Insoweit gibt es in der Sache und in der Zielrichtung, die wir verfolgen wollen, keinen Dissens.

Es stellt sich nur die Frage, inwieweit in diesem Parlament falsche oder auch polemische Pressemeldungen in die Welt gesetzt werden, die dazu angetan sind, den sachlichen Verhandlungsweg zu verlassen und in Parteipolitik zu verharren.

Ich darf darauf hinweisen, dass der Schienenbonus nun abgeschafft worden ist.

Der Schienenbonus ist für Neubaustrecken abgeschafft worden. Wenn ein früheres Inkrafttreten des Schienenbonus beschlossen worden wäre, dann hätte dies bedeutet, dass eine Reihe von bereits aufgewendeten Mitteln wieder zunichte gemacht worden wären; denn es hätte im Endeffekt bedeutet, dass viele Dinge, die jetzt auf den Weg gebracht worden sind und die eine Verbesserung für die Menschen mit sich bringen, nicht mehr hätten umgesetzt werden können. Es hätte bedeutet, dass man mit der Planung wieder von vorn begonnen hätte, und dies hätte den Menschen insgesamt geschadet und hätte keine Verbesserung gebracht.

Herr Hering, ich könnte zu dem, was Sie gesagt haben, noch einiges ausführen. Leider ist die Zeit für meine Wortmeldung jetzt abgelaufen.

Aber Sie haben sich damals als Wirtschaftsminister in der Vergangenheit sicherlich nicht immer nur Lorbeeren abgeholt.

Danke.